



Schwerpunktthema: Die Große Transformation
unter anderem in Mexiko, Peru und Bielefeld.

Ausgabe 18

März - Juni 2020

Außerdem: Initiative Lieferkettengesetz, Vorstand
im Welthaus neu gewählt



Vorwort: Transformation heißt letztlich auch Verzicht

Liebe Freund*innen des Welthaus Bielefeld,



allmählich stellen wir fest: Die Welt steht vor einer »Großen Transformation«. Einer Umwandlung, einem Übergang in ... ja, was eigentlich? Wir müssen raus aus der Komfortzone, sagten Unternehmer*innen kürzlich auf einer Bielefelder Wirtschaftskonferenz. Ach! Nur ahnen die, die das postulieren, was es für sie selbst bedeutet? Und: Wie ist das mit uns, mit Ihnen und mit mir?

Klar: Wir wissen, dass es den Klimawandel gibt. Aber während wir mittendrin stecken, glauben wir noch nicht daran. Jedenfalls viele. Die Information hat uns erreicht, ihre Verarbeitung erfolgt nicht oder nur halbherzig. Der zügellose Konsum mit der Übernutzung aller Ressourcen geht weiter. Wir shoppen, fliegen, streamen, konsumieren was das Zeug hält.

Jüngste Prognosen von Klimaforschern sprechen von plus 1,5 Grad bis 2030 und 2,5 Grad plus bis 2050. Wenn Permafrostböden tauen, die ihrerseits Treibhausgase freisetzen, steigt die Temperatur noch mehr. Schon jetzt heiße Regionen und Überschwemmungsgebiete werden unbewohnbar. Die Folge: bis zu

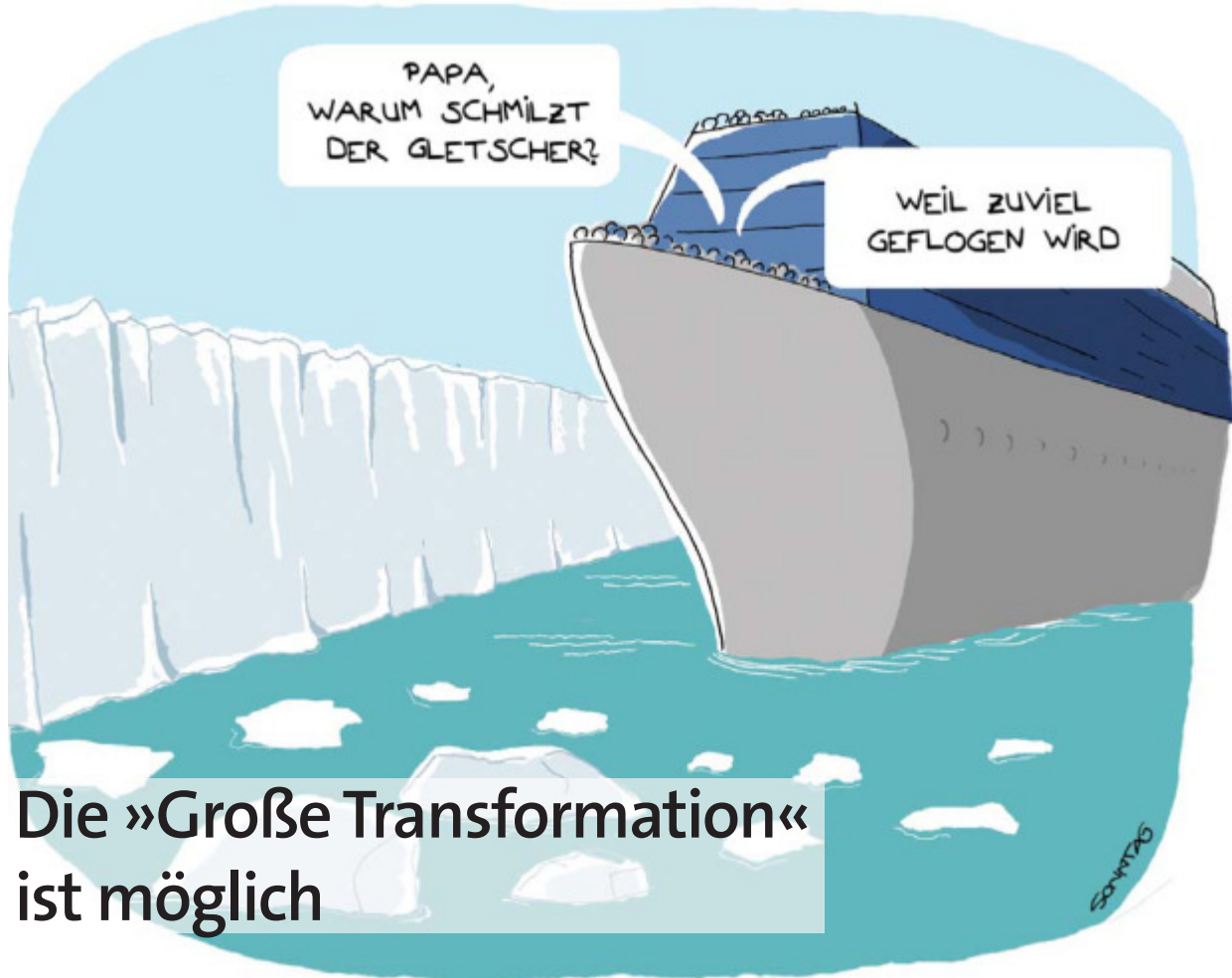
eine Milliarde Umweltflüchtlinge, was weitere soziale Verheerungen auslösen kann.

Junge Menschen sind verzweifelt. Sie fürchten um ihre Zukunft. Während »Mid- und Best-Ager« ihr Leben genießen konnten und das auch fleißig weiter tun, müssen ihre Kinder und Enkel*innen die Zeche zahlen. Mit einem erschreckenden Phänomen kollektiver Verdrängung werden unumstößliche Fakten ausgeblendet.

Die Bewegung »Fridays for Future« und andere Gruppen schreien diese Verzweiflung in die Welt. Das geht so weit, dass einige nicht nur ihre Karrieren für Aktionen opfern, nicht nur klimaneutral leben, sondern manche keine Kinder mehr in die Welt setzen wollen.

Eine »Große Transformation« steht uns bevor. Was aber bedeutet diese Transformation? Wachstum mit ökologischem Wirtschaften? Klimaneutrale Unternehmen? Und: Was heißt es für uns? Ich denke, wir werden um einen radikalen Verzicht nicht herumkommen – ohne Ausflüchte für fadenscheinige Sachzwänge. Aber, frei nach Paul Parin (Psychoanalytiker und Ethnologe): Wenn es gelingt zu zeigen, dass es anders geht, ist viel gewonnen!

Uwe Pollmann ist Mitglied der Welthaus Info-Redaktion.



Die »Große Transformation« ist möglich

Unser Wohlstandsmodell gefährdet die Ökosysteme der Erde und damit die Existenzgrundlage der Menschen. Nur ein Umdenken in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft kann den drohenden Kollaps abfedern, erläutert **Christian Glöckner**.

Unter dem Schlagwort der »Großen Transformation« hat der »Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen« (WBGU) einen umfassenden Strukturwandel der Gesellschaft gefordert. Der WBGU greift damit auf einen Begriff zurück, den der ungarische Ökonom Karl Polanyi zur Beschreibung des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft verwendet hat. Ein ebenso umfassender Umbruch steht uns nun erneut bevor, allerdings in deutlich kürzerer Zeit.

Im Zuge der industriellen Revolution haben sich vor allem im Globalen Norden gesellschaftliche Strukturen ausgebildet, deren Stabilisierungsroutinen auf einem nicht-nachhaltigen Umgang mit den Ökosystemen der Erde beruhen. Bei der Sicherung ihres Wohlstandsmodells ignorieren Industriestaaten natürliche Regenerationszyklen und befördern damit neben klimatischen Veränderungen unter anderem auch das Artensterben, die Süßwasserverknappung, die Stickstoffbelastung und die Versauerung der Meere.

Die Fortführung dieser Produktions- und Lebensweise kann zu unkontrollier-

baren Kettenreaktionen bis hin zum ökologischen Kollaps führen und damit die Existenzgrundlage der Menschen weltweit gefährden. Auf die Folgen einer Übernutzung der Ökosysteme weist die Umweltbewegung bereits seit den 1970er Jahren hin. Auch Expert*innen fordern in zahlreichen Publikationen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft immer wieder dazu auf, endlich ökologische Verantwortung zu übernehmen.

Umweltschutz als Kostenfaktor

Eine Wirtschaftsweise, die auf kurzfristige Gewinnmaximierung abzielt und ihre Energie zum Großteil aus fossilen Brennstoffen gewinnt, begreift ökologische Verantwortung allerdings lediglich als Kostenfaktor, den es zu minimieren gilt. So ist es über die Auslagerung der Konsumgüterproduktion in Länder des Globalen Südens gelungen, die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der Menschen gleich mit zu exportieren. Sie verschwinden aus unserem Sichtfeld und tauchen auch in den Produktpreisen nur marginal auf.

In dieser Logik werden ökologische Gefahren erst dann bedeutsam, wenn sie Einfluss auf Wachstumsraten haben könnten. Bis dahin setzt die fossile Wirtschaft auf politische Lobbyarbeit und gezielte Desinformationskampagnen. Da mittlerweile fast alle Lebensbereiche von der Ökonomisierung durchdrungen werden, verfügen die großen Player über eine enorme strukturelle Macht, die sie nutzen können, um beispielsweise gegen die geforderte Dekarbonisierung, also die Verringerung des Kohlenstoffumsatzes, mobil zu machen. Und so sehen wir Minister*innen, die die fossile Energiewirtschaft stützen und den Ausbau von Windkraftanlagen mit Genehmigungshemmnissen fast unmöglich machen. Während 2017 noch fast 1.800 Windräder an Land neu in Betrieb genommen wurden, waren es 2019 nur noch 243. Das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren.

Der kürzlich als politischer Erfolg gepriesene Kohleausstiegsplan entspricht weder den vereinbarten Maßnahmen der Pariser Klimakonferenz, noch den Empfehlungen der eigens gegründeten Kohlekommission. Laut Kommissionsmitglied

Kai Niebert erfüllt die politische Umsetzung des Ausstiegsplans die Interessen aller beteiligten Akteur*innen, nur nicht die des Klimaschutzes. Angesichts der angekündigten Austritte aus dem Pariser Klimaabkommen seitens der USA und Brasiliens wird das Kräfteverhältnis zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen noch offensichtlicher.

Das westliche Wohlstandsmodell scheint selbst angesichts der drohenden Klimakatastrophe nicht verhandelbar zu sein. Dabei ließe sich das Wachstumsprinzip, so die Vorstellung der Green Economy, über technologische Innovationen und höhere Energieeffizienz mit dem Umweltschutz vereinen. Eine Win-win-Situation, denn auf diese Weise müssten die Menschen keine Einschnitte in ihre Lebensweise befürchten und hätten zugleich ein reines Öko-Gewissen.

Systemwechsel zu einem umweltschonenden Lebensstil

Doch selbst wenn die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch möglich wäre, bliebe in einem solchen Modell die primäre Ausrichtung gesellschaftlichen Handelns an rein ökonomischen Interessen erhalten. Wachstumskritiker*innen plädieren daher für einen Systemwechsel. Der permanente Anstieg des Konsumniveaus müsse gestoppt werden zugunsten eines genügsameren Lebensstils, der nicht nur umweltschonend sei, sondern zudem die eigene Lebensqualität erhöhe. Damit folgt der Ansatz den Erkenntnissen der Glücksforschung, die dem Wirtschaftsparadigma widersprechen, persönliche Zufriedenheit ließe sich durch ein Mehr an Konsum permanent steigern.

Auch politische Entscheidungsträger*innen werden ihrer sozial-ökologischen Verantwortung bis heute nicht gerecht, obwohl schon 1992 bei der Klimakonferenz in Rio de Janeiro eine Nachhaltigkeitsstrategie vereinbart wurde. Der Umweltschutz sollte demnach als integraler Bestandteil jedes gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses mitgedacht werden, um die Grundbedürfnisse heutiger Generationen zu befriedigen, ohne die Grundlage zur Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen zu gefährden – und das weltweit.

Eine politische Praxis allerdings, in der sich Parteien über die Abwertung anderer Parteien profilieren und den eigenen

Machterhalt priorisieren, verschleppt einen echten Wandel. Eine auf vier Jahre gewählte Regierung scheut sich vor unliebsamen Entscheidungen, die ihre positive Wirkung möglicherweise erst Jahrzehnte später entfaltet. Statt über eine Legislaturperiode hinaus zu planen, wird mit kurzfristigen Aktionsplänen Handlungsfähigkeit suggeriert.

Politische Handlungsoptionen liegen vor

Dabei gäbe es politische Instrumente, um die notwendige Transformation planvoll mitzugestalten. Politische Verantwortung zu übernehmen, könnte in Zukunft bedeuten, sich parteiübergreifend dem gemeinsamen Staatsziel Umweltschutz zu verpflichten. So könnte nachhaltiges Wirtschaften gefördert und sozial-ökologisch bedenkliches Handeln erschwert werden.

Es muss zunächst unbedingt ein Lieferkettengesetz erlassen, eine Steuerpolitik zugunsten nachhaltig produzierter Güter betrieben und Zölle für im Ausland klimaschädigend hergestellte Produkte erhoben werden. Milliarden-schwere Subventionen für die fossile Energiewirtschaft sollten abgebaut werden. Infrastrukturen wie das Bahnnetz sollten europaweit ausgebaut werden, so dass sie als nachhaltige Alternative zum Auto- und Flugverkehr an Attraktivität gewinnen.

Blockieren sich politische Entscheidungsträger*innen aus machtpolitischen Kalkül jedoch weiterhin gegenseitig, verspielen sie ihre Chancen, als zentrale Gestaltungskraft des bevorstehenden Wandels ernst genommen zu werden. Das steigert die Ungewissheit der Bürger*innen, denn die Forderung nach einer Großen Transformation stellt auch persönliche Privilegien und Gewohnheiten infrage. Und das in einer Zeit, in der die Zuversicht in eine sich stetig verbessernde Zukunft schwindet.

Die Versuchung, sich in dieser Situation an autoritären Meinungsführern zu orientieren, ist groß. Denn die werben mit unterkomplexen Scheinlösungen, die den individuellen Statuserhalt versprechen, die Klimakrise leugnen und einen umfassenden Strukturwandel ablehnen. Ihre simple Botschaft des »Weiter so« findet vor allem in den (sozialen) Medien weit stärkere Resonanz als komplexe wissenschaftliche Analysen, die ra-

sche Verhaltensänderungen nahelegen. Durch die Wahl demokratiefeindlicher Parteien schrumpfen allerdings jene gesellschaftlichen Freiheitsgrade, auf die es bei einer konstruktiven Transformation ankommt.

Zivilgesellschaft muss aktiver werden

In der Gegenrichtung werden wir fündig: Eine stärkere Beteiligung der kritischen und selbstkritischen Zivilgesellschaft am politischen Prozess über Bürger*innenräte und neue Wege inhaltlicher Partizipation eröffnet Gestaltungsspielräume und wirkt dem Gefühl der Ohnmacht entgegen. Im politischen Engagement zu Themen wie Ernährung, Mobilität, Energiegewinnung und Stadtentwicklung können Modelle zukünftigen Zusammenlebens entwickelt, praktisch erprobt, aber auch verworfen und neu konzipiert werden. Wer gesellschaftliche Strukturen mitgestaltet, erlebt die eigene Selbstwirksamkeit und entwickelt ein persönliches Verhältnis zu seiner Umwelt. Daraus kann ein sozial-ökologisches Verantwortungsbewusstsein erwachsen, das die zukünftige Lebensweise prägt.

Die Große Transformation wird nicht ohne einen Kulturwandel gelingen, der individuelle und gesellschaftliche Wertvorstellungen und Bedürfnisse hinterfragt. Welche Errungenschaften wollen wir schützen, von welchen uns verabschieden? Welche Bedürfnisse haben wir tatsächlich und wie können wir sie auf ressourcenschonende Weise befriedigen? Wie kann ein Wirtschaftssystem aussehen, dem Mensch und Umwelt nicht mehr unterworfen sind?

Orientierung für den globalen Strukturwandel geben uns die planetaren Grenzen und die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (»Sustainable Development Goals«). Die Ziele gelten für alle Staaten gleichermaßen, in ihrer nationalen Umsetzung müssen jedoch kulturelle, politische und wirtschaftliche Begebenheiten berücksichtigt werden. Nur eines ist klar: Neue Produktions- und Lebensweisen können wir uns schaffen, neue Ökosysteme nicht.

Christian Glöckner ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Welthaus Bielefeld.



Protestaktion beim Partnertreffen mit dem Welt- haus für die ermordete Aktivistin Isabel Cabanillas.

Transformation von oben, Proteste von unten

Der neue mexikanische Präsident ist mit dem Versprechen angetreten, den Neoliberalismus zu überwinden. Ein schlechtes Zwischenzeugnis stellen ihm die Partnerorganisationen des Welthaus aus. [Heiko Kiser](#) berichtet von seinem Besuch in Mexiko.

Die Welle feministischer Proteste in- folge der täglichen Gewalt an Frauen und Mädchen reißt in Mexiko auch in 2020 nicht ab. Am 9. Februar wurde Ingrid Escamilla von ihrem Freund zu Hause erstochen und zerstückelt. Zwei mexika- nische Tageszeitungen veröffentlichten am Tag darauf die Bilder von ihrer entstellten Leiche. Polizeibeamte hatten die Bilder aufgenommen und weiterverkauft. Am 11. Februar wurde die 7-jährige Fátima Aldrighett entführt, vergewaltigt und er- mordet. Ihr Körper wurde vier Tage spä- ter in einer Plastiktüte gefunden. Tausende Menschen gingen daraufhin in ganz Mex- ico auf die Straße und schrien ihre Wut heraus gegen eine Presse, die die Frauen nach der Tat erneut zu Opfern degradiert, gegen einen untätigen bis Komplizenhaf- ten Staatsapparat, aber auch gegen eine Regierung, der sie mangelnden Willen und Unfähigkeit vorwerfen.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador (kurz: AMLO), seit etwas mehr als einem Jahr im Amt, gab dem neoliberalen Modell seiner Vor- gänger die Schuld an der Ermordung von Ingrid und Fátima und forderte die Frauen auf, bei ihren Protesten keine Wände mehr zu bemalen.

Zwei Drittel aller mexikanischen Frauen erfahren im Laufe ihres Lebens Gewalt, einfach nur weil sie Frauen sind. Jeden Tag gibt es in Mexiko durchschnittlich zehn Femizide. Knapp 4.000 Frauen kamen

2019 gewaltsam zu Tode. Nur drei Prozent der Fälle juristisch anerkannter Femizide kommen vor Gericht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen, aber der große Verdienst der feministischen Bewe- gung ist es, dass sie nun sichtbar ist und nicht mehr toleriert wird.

Die Fürsprecher*innen der aktuellen Regierung vermuten, dass die politische Rechte die Proteste instrumentali- siert. Die von AMLO angekündigte politische Zä- sur durch Moral und Fortschritt, gegen Korruption und Neoliberalismus steht nun infolge von nicht endenden femini- stischen Protestaktionen seit November 2019 vor ihrer bis dahin größten Bewäh- rungsprobe.

Die große Transformation?

Nach seinem erdrutschartigen Wahlsieg im Sommer 2018, dem ersten anerkannt- en Erfolg einer linken Partei im Urnen- gang in Mexiko seit über 90 Jahren, rief AMLO – in historischer Anspielung auf die mexikanische Unabhängigkeit 1821, die liberalen Reformen Mitte des 19. Jahr- hunderts und die mexikanische Revolu- tion ab 1910 – nun die »Vierte Transfor- mation« des Landes aus. Die Hoffnungen eines großen Teils der Bevölkerung auf ei- nen tiefgreifenden Wandel nach zwölf Jahren Drogenkrieg, einer damit einher- gehenden Militarisierung und Explosion

der Gewalt im Land, ausufernder Korrup- tion und tiefer sozialer Ungleichheit sind auch nach über einem Jahr noch gewaltig.

AMLOs Volksnähe und Hemdsärmel- ligkeit kommen gut an. Er ist mit seinen täglichen Pressekonferenzen omnipräsent und bereist das große Land kontinuierlich wie im Wahlkampfmodus. Dazu fliegt er mit öffentlichen Fluglinien und verstei- gerte den luxuriösen Präsidentenjet seines Vorgängers per Lotterie. Er stoppte die umstrittenen Arbeiten am neuen Groß- flughafen. Auch entließ er die teure Präsi- dentengarde, zog zurück in den verwai- steten Präsidentenpalast im Zentrum von Mexiko-Stadt und öffnete den entrückten grünen Amtssitz seiner Vorgänger für Kul- turveranstaltungen. Austerität ist die Vor- gabe für alle öffentlichen Amtsträger*in- nen. Seiner Kampfansage an Korruption und Klientelismus sind bereits promi- nente Personen wie ein Richter des Höch- sten Gerichtshofs oder der Direktor des staatlichen Mineralölkonzerns Pemex zum Opfer gefallen.

Der Präsident verkündet das »Ende des Neoliberalismus« und setzt sich für eine aktivere Rolle des Staates ein. Neue kost- spielige Sozialprogramme für breite Be- völkerungsschichten nach der vorgegeben- en Lösung »Zuerst die Armen« sollen durch wirtschaftliches Wachstum dank neuer staatlicher Großprojekte, nicht zu- letzt der Förderung neuer Erdölquellen, Infrastruktur- und Tourismusprojekte,

sowie der Industrialisierung des ländlichen Südens, finanziert werden. Auffällig ist in seiner Rhetorik die ständige Erwähnung des »Volkes«, dessen Interessen die Regierung nun vorgibt, direkt zu vertreten. Deshalb kürzte AMLO kurzerhand alle Gelder für Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Projekte, denen er in ihrer Totalität vorwarf, korrupt und intransparent zu sein, für konservative Werte einzustehen und sich am Elend des Volkes zu bereichern.

Die Sicht der Partnerorganisationen des Welthaus Bielefeld

Unsere weltwärts-Partnerorganisationen in Mexiko sind Teil dieser Zivilgesellschaft. Sie sehen sich nun zu Unrecht in die Defensive gedrängt. Seit Langem setzen sie sich für Medienvielfalt, die Sichtbarkeit und Selbstbestimmung indigener Völker, Frauenrechte, Bildung, ökologische Nachhaltigkeit, Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit ein. Im Januar trafen sich nun die regionalen Mentor*innen, der Länderkoordinator Mexiko und zahlreiche Partnerorganisationen aus dem ganzen Land zu einem dreitägigen Austausch über das Freiwilligenprogramm und auch zur aktuellen politischen Lage mit ihren Implikationen für unsere Partner*innen.

Einige Organisationen der Zivilgesellschaft stehen vor dem finanziellen Aus, da die Regierung ihnen jegliche Förderung verweigert. Sie berichteten: Die Gelder früherer Förderprogramme würden nun über lokale Politiker*innen und regierungsparteinahe Personen an die jeweiligen Gruppen fließen und würden zudem genutzt, um neue Loyalitäten zu schaffen. Auch arbeiteten viele Mitarbeiter*innen von NGOs nun in der Regierung. Eine Folge sei eine tiefe Spaltung der Zivilge-

sellschaft in Kritiker*innen und Befürworter*innen des Präsidenten.

Die Partner*innen des Welthaus kritisierten zudem, dass die Militarisierung des Landes weiterginge und sich an der Südgrenze sogar verschärfe, nachdem AMLO sich den Drohungen Trumps gebeugt habe und die Einwanderung von Migrant*innen in die USA nun an der Südgrenze Mexikos stoppe. Dabei würden Menschenrechte verletzt und es komme zu zahlreichen Übergriffen. Insbesondere Menschenrechtsorganisationen zur Verteidigung der Rechte von Migrant*innen würden verleumdet, verfolgt und bei ihrer Arbeit behindert. Die neuen Großprojekte wie der Tren Maya, der Bau von Erdgaspipelines oder die Errichtung eines Güter- und Industrialisierungskorridors würden gegen den Willen der oftmals indigenen Bevölkerung mit Gewalt und Ko-optation durchgesetzt.

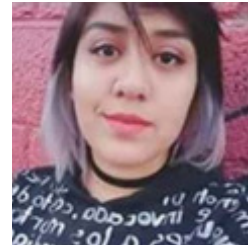
Die Beteuerungen der Abkehr vom Neoliberalismus seien Nebelkerzen in Hinblick auf die Unterzeichnung eines neuen Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada sowie der Aufrechterhaltung des alten Paradigmas von Wachstum und Modernisierung. Oftmals würden dieselben Interessengruppen und lokalen Machthaber*innen nun mit angepasstem Diskurs auf den Regierungszug aufspringen.

Beinahe alle Partnerorganisationen stimmten darin überein, dass der Regierungswechsel für sie eine große Herausforderung ist. Der politische und finanzielle Spielraum habe sich verengt, frühere Freund- und Feindschemata seien in Auflösung begriffen und die politische Rechte versuche jegliche Unzufriedenheit an AMLO für ihre Zwecke zu nutzen. Einige befürchten sogar, dass eine mögliche Enttäuschung der geweckten Hoffnungen,

eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und ein Anwachsen der Gewalt Teile der mexikanischen Bevölkerung empfänglich für eine »faschistische Lösung« wie beispielsweise in Brasilien machen könne.

Aktivistin Isabel Cabanillas ermordet

Auch das Partnertreffen stand im Zeichen der Gewalt: Zwei Tage zuvor verbreitete sich die Nachricht der Ermordung von Isabel Cabanillas. Die 26-jährige Textilkünstlerin, Aktivistin und Mutter eines vierjährigen Jungen setzte sich für Migrant*innen und gegen Militarisierung, Gewalt, Frauenmorde und Fracking in Ciudad Juárez ein. Am 18. Januar 2020 wurde sie auf ihrem Fahrrad auf dem Weg nach Hause erschossen.



Bis heute laufen die Ermittlungen ins Leere, alle ihre Freund*innen sehen aber einen direkten Zusammenhang zu ihrem Aktivismus. Den Tatort schmücken nun ihr rosa angestrichenes Rad sowie ein rosafarbenes Kreuz. Eine stetig wachsende Zahl von ähnlichen Kreuzen überzieht inzwischen ganz Mexiko. Fassungslosigkeit und Trauer sind längst zu einem Proteststurm angewachsen und zur größten Herausforderung der aktuellen Regierung Mexikos.

.....
[Heiko Kiser ist weltwärts-Referent mit Schwerpunkt Mexiko im Welthaus Bielefeld.](#)



Qualifiziert & engagiert

Ende März 2020 startet unsere Qualifizierungsreihe »Seminarleitung«. Erster Baustein ist das pädagogische Grundlagenseminar. Es folgen drei weitere, zu denen wir Anmeldungen von weltwärts-Rückkehrer*innen und anderen Interessierten entgegennehmen.

www.welthaus.de/weltwaerts/rueckkehrarbeit

16 Süd-Nord-Freiwillige

16 Süd-Nord-Freiwillige kommen am 30. Juli 2020 in Bielefeld an. Sie werden in folgenden Einrichtungen arbeiten: Martin-Niemöller-Gesamtschule Schildesche, Uhland-Gymnasium Tübingen, Offene Ganztagschule der AWO Ummeln, Kiebitzhof des Wertkreis Gütersloh, Profil e.V., Drogenberatung Bielefeld, Garten- und Landschaftsbau Bethel, Waldkindergarten Lippe, Tageshaus, Alt und Jung, Haus Neuland, Kita Villa Kunterbunt, Kita die Schatzinseln, Kita Am Hellenkamp, DRK-Kita weltweit, DRK-Kita Mehlhausen. Mit einigen dieser Organisationen kooperieren wir schon im sechsten Jahr. Herzlichen Dank für die tolle Zusammenarbeit!

Dokumentiertes Jubiläum

Der gerade erschienene Film zum weltwärts-Jubiläum »weltwärts wirkt weiter« greift das Motto der Jubiläumstagung auf, die im September 2019 stattfand. Er zeigt die Perspektive von verschiedenen Akteur*innen auf das Programm. Der Film wurde von Marc Sebastian Eils erstellt.

www.welthaus.de/weltwaerts/10-jahre-weltwaerts



Für ein gerechtes (K)Lima

In Peru sind die Folgen des Klimawandels ausgeprägt. Eine Klimabewegung entsteht, berichten **Paula Dax** und **Klaus Ilg**.

Der internationale Klimastreik der Bewegung »Fridays For Future« am 20. September 2019 brachte auch viele Jugendliche aus Peru auf die Straßen.

Wie in vielen europäischen Ländern ist auch in Peru Greta Thunberg ein großes Vorbild in Punkto Klimaschutz. Daher haben sich seit März 2019 junge Menschen in Lima zusammengeschlossen, um Klimademonstrationen zu organisieren.

Die Folgen des Klimawandels sind in Peru sehr stark spürbar und lösen bei den Menschen Angst aus. Die Amazonasbrände aus dem vergangenen Jahr sind dabei wohl das aktuellste Beispiel. Darüber hinaus werden in den peruanischen Anden Fracking und umweltschädlicher Tagebau betrieben. Die Sorge ist groß, dass die Landwirtschaft darunter leidet und die Ernteerträge sinken. Außerdem wird aufgrund der Brände befürchtet, dass die Biodiversität im Regenwald verloren geht und der Amazonas immer mehr entwaldet wird. Dazu werden durch Fracking und Tagebau gigantische Mengen an Wasser verbraucht und die peruanischen Flüsse mit Chemikalien verschmutzt.

Um über diese Gefahren aufzuklären, sprechen die Aktivist*innen mit anderen Menschen auf der Straße über den Klimawandel. Für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner*innen werden Versammlungen organisiert, bei denen die Teilnehmenden Verbesserungsvorschläge für die Demonstrationen einbringen können. Dazu arbeitet »Fridays for Future Lima« auch mit anderen Jugendbewegungen zusammen, die sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzen. In ihrem

Alltag versuchen die Aktivist*innen umweltfreundlich zu leben, indem sie weniger Plastik verwenden, auf Fleisch verzichten und weniger Abgase produzieren.

In den Augen der Jugendlichen sind aber Maßnahmen von Seiten der Regierung viel notwendiger. So haben sie bereits einen Antrag gestellt, dass der Klimanotstand in Peru ausgerufen werden soll. Dazu fordern sie auch, dass das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut wird. In ganz Lima, einer Stadt mit über 10 Millionen Einwohner*innen, gibt es nur eine einzige Bahnlinie. Außerdem muss sich der Staat um die Umsetzung einer Energiewende bemühen, da Peru bisher kaum auf erneuerbare Energien setzt.

Trotz der sehr guten Ansätze und Bemühungen durch die Jugendlichen ist die Teilnahme der Bevölkerung noch sehr gering. Vor allem in den ärmeren Vierteln von Lima ist das Klima- und Umweltbewusstsein kaum vorhanden. Allerdings gibt es Versuche, vor allem die Jugend in diesen Vierteln in Form von Schulbesuchen über den Klimawandel aufzuklären, was von den Lehrkräften positiv aufgefasst und unterstützt wird.

Paula Dax und Klaus Ilg sind weltwärts-Freiwillige im Radioprojekt CECOPRODE in Peru.

In Peru unterstützt das Welthaus eine Kampagne gegen die Zerstörung durch den Bergbau und eine Initiative für ländliche Entwicklung. Mehr: www.welthaus.de/auslandsprojekte/peru

www.welthaus.de/weltwaerts

»Wir sind eine Klimagerechtigkeits-Bewegung«

Uwe Pollmann hat mit zwei in »Fridays for Future« Engagierten gesprochen. Länder des Südens müssten darin unterstützt werden, dass Entwicklung ohne klimaschädliche Methoden stattfindet.

Anderthalb Jahre Fridays for Future. Was habt ihr aus der Zeit mitgenommen?

■ **Meret:** Ich habe viel gelernt und mich weiterentwickelt. Ich habe mich intensiv mit dem Thema befasst. Das war erschreckend. Aber ich weiß jetzt mehr über Organisation und kann damit umgehen, wenn etwas nicht erfolgreich ist.

■ **Jan:** Ich habe gelernt, dass es Leute gibt, die was tun. Die Demonstrationen haben mich motiviert. Es ist cool, mit anderen zusammenzuarbeiten, die das Thema genauso beschäftigt. Auch wenn mal etwas demotiviert, weil eine Demonstration nicht so groß ist, wie erwartet.

Hat sich denn etwas verändert?

■ **Meret:** Ja, schon. Wir haben mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein geschaffen. Auch wenn Klimapakete und Kohleausstieg so nicht reichen. Aber vielleicht wäre das so nicht verabschiedet worden, wenn wir keinen Druck gemacht hätten. Auch in der Lokalpolitik sehe ich eine Chance etwas zu verändern.

■ **Jan:** Politische Entscheidungen dauern länger, so wenig nachvollziehbar das manchmal ist. Aber im Vergleich zu vor zwei Jahren kann ich sagen: Man kann heute nicht einfach etwas durchsetzen ohne Reflexion über die ökologischen Folgen.

In Bielefeld wurde der Klimanotstand ausgerufen. Was bringt das?

■ **Meret:** Das war erst mal Symbolpolitik. Jetzt kommt es darauf an, dass wir Druck machen und unsere wissenschaftlich fundierten Forderungen umgesetzt werden. Das kostet Zeit, die wir eigentlich nicht haben.

Wo wollt ihr euch weiter einbringen?

■ **Meret:** Wir wollen einen Klimarat für die Stadt, als Beirat. Wir wollen Vorschläge machen für die Politik und die Ausschüsse. Wir treffen uns viel mit Parteien, tragen

Forderungen vor. Dann sind für die Kommunalwahl Aktionen geplant.

Aber ist Fridays for Future nicht noch eine Minderheit?

■ **Jan:** Natürlich gibt es Gegenstimmen. So viel auch über uns und die Klimakrise geredet wird, bei allen ist das noch nicht angekommen.

■ **Meret:** Und gleichzeitig lese ich in Studien Prognosen zum Klimawandel, die mich erschrecken. Da habe ich das Gefühl, nicht so viel bewirken zu können.

Nimmt euch das mit?

■ **Meret:** Ich fühle mich manchmal hilflos. Aber darum engagiere ich mich. Anfangs habe ich sehr viel gemacht. Aber ich merke, dass es nicht hilft, sich zu überarbeiten.

■ **Jan:** Als ich angefangen habe, mich mit

Doch wenn man die Leute auf die Veränderungen vorbereiten will, da ist angeblich Geld da. Das ist der falsche Weg. Natürlich müssen wir uns vorbereiten. Aber wir müssen auch was dagegen tun.

■ **Jan:** Wir haben heute viele Falschinformationen. Das macht es schwer sich zu orientieren.

■ **Meret:** Ich glaube, viele Menschen nehmen Veränderungen gar nicht wahr. Sie sehen zwar, es gibt keinen Schnee mehr. Aber sie sehen nicht, dass ihr Leben bedroht ist. Und andere haben vielleicht Angst, verschließen die Augen und schieben das weg.

Menschen im globalen Süden wollen einen höheren Lebensstandard, was auch den CO₂-Ausstoß erhöht. Beschäftigt Euch das auch?

■ **Meret:** Natürlich. Wir sind nicht nur eine Klimaschutz-Bewegung sondern eine Klimagerechtigkeits-Bewegung. Wir befassen uns auch mit der Ungerechtigkeit in der Welt.

■ **Jan:** Wir sollten andere nicht verurteilen, vor allem wenn man einen besseren Lebensstandard hat. Die Industrieländer müssen die bei uns entwickelten ökologischen Technologien in ärmere Länder transferieren und über Fortschritte informieren. Viele haben keine Forschung wie wir sie haben. Da müssen wir unterstützen, dass Entwicklung ohne klimaschädliche Methoden

stattfindet.

■ **Meret:** Deutschland hat eine starke Verantwortung. Man muss hier viel tun und gleichzeitig andere Länder unterstützen. Nur so kann es funktionieren.

■ **Jan:** Es drängt. Wir haben nicht mehr viel Zeit.

.....
Meret Karenfort (16) ist Schülerin an den Friedrich-von-Bodelschwingh-Schulen; Jan Niediek (19) studiert Biologie und Sozialwissenschaft an der Uni Bielefeld und war weltwärts-Freiwilliger in Mittelamerika.



Jan Niediek und Meret Karenfort sind bei »Fridays for Future« aktiv.

dem Thema zu beschäftigen, hat mich das sehr mitgenommen. Jetzt gehe ich etwas neutraler daran.

Wie geht ihr damit um, wenn Leute sagen, Klimawandel sei nicht zu verhindern?

■ **Jan:** Klar, der Klimawandel ist da und schreitet voran. Aber wenn wir weiter CO₂ auspusten, wird es immer schlimmer. Jeder Schritt dagegen wird helfen.

■ **Meret:** Wir können den Klimawandel verlangsamen. Aber es ist komisch: Für die Verlangsamung wird wenig ausgegeben.



Menschenrechte entlang der Lieferkette

Ein Kampagne gegen Gewinne ohne Gewissen: 2019 ist die »Initiative Lieferkettengesetz« gestartet. Sie will ein Gesetz, das Unternehmen aus Deutschland verpflichtet, Menschenrechte in Auslandsgeschäften zu achten. Von **Eva-Maria Reinwald** und **Keith Hamaimbo**.

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, einstürzende Textilfabriken, verheerende Arbeitsbedingungen im Anbau von Kautschuk. Die Liste von Menschenrechtsverstößen in den weltweiten Lieferketten deutscher Unternehmen ist lang. Auf dem Weg freiwilliger Maßnahmen verbessert sich nur wenig; viele Probleme verschärfen sich sogar.

Erst ein gesetzlicher Rahmen, der für alle Unternehmen bindend ist, würde die Basis für wirksame Verbesserungen schaffen. Diese Überzeugung eint die bereits über 90 Unterstützer*innen aus Entwicklungs-, Umwelt-, und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen, die mit der »Initiative Lieferkettengesetz« im Herbst 2019 an die Öffentlichkeit gegangen sind. Die Initiative fordert ein Gesetz, das deutsche Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards auch in ihren Auslandsgeschäften zu achten. Die Diskussion um das Lieferkettengesetz steht 2020 auf der politischen Tagesordnung. So sieht es der »Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte« der Bundesregierung und auch der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vor.

Viel Zuspruch für das Gesetz

Die Forderung nach einem Lieferkettengesetz erfährt viel Zuspruch: Entgegen der Position der großen Wirtschaftsverbände schlossen sich inzwischen über 50 Einzel-

unternehmen – unter ihnen auch bekannte Namen wie Ritter Sport, Hapag Lloyd oder Tchibo – einem Statement an, das verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen fordert. Ein Lieferkettengesetz würde zu gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und dafür sorgen, dass sich kein Unternehmen seiner Verantwortung entziehen kann.

Auch von Seiten der Kirchen kommt Unterstützung: Im westfälischen Raum etwa sprach sich die Evangelische Kirche von Westfalen in einem Synodenbeschluss für ein Lieferkettengesetz aus, das Erzbischof Paderborn trat der Initiative Lieferkettengesetz bei, ebenso die Fachstelle Weltkirche des Bistums Münster.

Ebenso betonten Parteitagebeschlüsse der Regierungsparteien SPD und CDU die Vorteile eines Lieferkettengesetzes. Als Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller im Dezember 2019 ankündigten, dass sie Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz erarbeiten werden, war daher deutlich: Das Bestreben der Ministerien kann sich auf breiten Rückhalt stützen.

Doch der Prozess droht zu stocken: Die großen Wirtschaftsverbände BDA und BDI versuchen die Debatte so weit wie möglich hinauszuzögern. Sie, und mit ihnen das Bundeswirtschaftsministerium, drängten darauf, dass der Überprüfungsprozess der Bundesregierung zur Frage, inwieweit Unternehmen bereits freiwillig

ihrer Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte nachkommen, sich noch das ganze Jahr über erstrecken solle. Wenn ein Lieferkettengesetz aber noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden soll, muss dieser Prozess wie vorgesehen im Juni 2020 abgeschlossen sein.

Dass ein Lieferkettengesetz machbar ist, zeigt ein Rechtsgutachten der Initiative Lieferkettengesetz. Es erläutert, wie Sanktionen und Haftungsmechanismen, die ein solches Gesetz erst wirksam machen, juristisch wasserdicht implementierbar sind.

Welthaus unterstützt Kampagne

Seit dem vergangenen Jahr unterstützt das Welthaus Bielefeld offiziell die Kampagne zum Lieferkettengesetz. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Inhalte der Kampagne in der Region bekannter zu machen. Denn wir sind der Überzeugung, dass eine starke Zivilgesellschaft wirkungsvollen Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen haben kann. Wir laden Interessierte dazu ein, sich an der Kampagne zu beteiligen. Aktiv sind wir mit der Kampagne auch in den sozialen Medien.

www.lieferkettengesetz.de

Eva Maria Reinwald ist Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte bei SÜDWIND e.V.-Institut für Ökonomie und Ökumene. Dr. Keith Hamaimbo ist Bildungsreferent für Globales Lernen im Welthaus Bielefeld.



Unser Bildungsprojekt »Do you(r) Mind?! – Qualifizierung von Jugendlichen zu entwicklungs- politischem Engagement« geht zu Ende. Welche Erfahrungen wir dabei gemacht haben, hat Projektleiterin **Marie Joram** zusammengefasst.

Gegen die Trends zu Fast Fashion, großen Autos und billigen Flugreisen wächst der Widerstand. In den sozialen Medien sammeln sich immer mehr Bilder von jungen Menschen, die verpackungsfrei einkaufen, ihre Second-Hand-Kleidung zeigen oder auf einer Fridays-for-Future-Demo sind. Workshops, wie man das eigene Rad wieder fit bekommt, Sauerkraut herstellt oder Seifen siedet, boomen. Etwas anders zu machen und die Welt mitzugestalten, ist vielen Jugendlichen ein Bedürfnis. Hier setzte unser gut zweijähriges Projekt an.

Das bereits bekannte Bildungsangebot für Schulklassen wurde um die Einheit »Engagement und Beteiligung« erweitert. Dabei wird den Schüler*innen aufgezeigt, dass es nicht nur eine Pflicht sondern ein Privileg ist, unsere Demokratie mitgestalten zu können. Es folgte eine außerschulische Workshop-Reihe zur Vermittlung von relevanten Fähigkeiten für gesellschaftliches Engagement. Hier wurden den Teilnehmer*innen die Grundlagen von Öffentlichkeitsarbeit und Projektmanagement ebenso vermittelt wie eine bunte Auswahl an kreativen Aktionsformen. Auch hilfreiche Tipps zum Thema Engagement ohne Burnout waren dabei. Das Wichtigste hierfür sind Mitstreiter*innen, den Fokus nicht zu verlieren und ausreichend Zeit, um Erfolge zu feiern.

In vier innerschulischen Aktionen konnten Schüler*innen nach einem inhaltlichen Input direkt aktiv werden. Der bekannte Rahmen ihrer eigenen Schule und der Klas-



sengemeinschaft half dabei, die Scheu vor der ersten Aktion zu überwinden. So wurden unter anderem Samenkugeln gebastelt, ein Einkaufsratgeber für ökologische Textilien in Bielefeld erstellt und ein Ideenbaum für den Austausch rund um einen nachhaltigeren Lebensstil aufgestellt. Den Jugendlichen bot sich dabei die Möglichkeit, das Gelernte praktisch anzuwenden, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und Selbstwirksamkeit zu erleben.

Für alle, die mehr wollten, deren Schule nicht zu den vier Aktionsschulen gehörte oder die ihren Abschluss bereits in der Tasche haben, waren zwei außerschulische Aktionen die passende Gelegenheit. Zum einen trug eine bunte Truppe aus Ehrenamtlichen das Motto »Klimawandel bedroht Landwirtschaft – hier und weltweit!« mit farbenfrohen Kostümen im Rahmen des Carnival der Kulturen 2019 auf die Straße. Abgerundet wurde unser »Do you(r) Mind?!«-Aktionsjahr mit einem selbstorganisierten Workshop für nachhaltige, verpackungsarme Weihnachtsge-

schenke. Die Teilnehmer*innen produzierten fleißig über ihren eigenen Bedarf hinaus vegane Energiekugeln, Bienenwachstücher und Lippenpflege. Diese stellen sie den Besucher*innen des freien Weihnachtsmarkts zur Verfügung. Wer etwas mitnehmen wollte, musste statt mit Geld mit einem Versprechen »bezahlen«, welchen Beitrag er*sie in Zukunft zu einer faireren Welt leisten will.

Unsere Aktionen haben deutlich gezeigt, dass es für jede Persönlichkeit eine passende Möglichkeit gibt. Egal ob öffentlich oder lieber im kleinen Kreis. Wir brauchen das Zusammenspiel aus lauten Demos und vielen kleinen Taten im Alltag, welche Alternativen zu Massenkonsum, Hass und Ignoranz aufzeigen.

Wir bedanken uns bei allen Schulen, Unterstützer*innen und Teilnehmer*innen, die dieses wunderbare Projekt mit Leben gefüllt haben. Wer unsere Workshops und Aktionen verpasst hat, kann sich alle Handouts dazu auf unserer Website ansehen. Außerdem bieten unsere Aktionsboxen zu den Themen Müll und Ernährung spannende Hintergrundinfos und kreative Aktionsvorschläge und -materialien. So hoffen wir, dass sich auch über unser Projekt hinaus Menschen trauen werden, die Welt nach ihren Vorstellungen mitzugestalten.

www.welthaus.de/bildung/do-your-mind

Marie Joram ist Bildungsreferentin für Globales Lernen im Welthaus Bielefeld.

Vorstand neu gewählt

Die Mitgliederversammlung Ende 2019 brachte Veränderungen im Vorstand des Welthaus Bielefeld. Irma Herrmann und Angelika Begemann haben sich nicht mehr zur Wahl gestellt.

12 Jahre – diese beeindruckende Zeit lang gestaltete Irma Herrmann die Geschicke des Welthauses als Vorstand mit. Als aktives Mitglied der El Salvador-Gruppe wurde sie 2007 in den Vorstand gewählt. Diese Ära endete nun im Dezember 2019: Irma möchte sich anderen Dingen widmen und übergab ihr Amt in nachfolgende Hände. Während ihrer Vorstandszeit war sie zuständig für eine Vielzahl von Themen, so zum Beispiel weltwärts – auch auf Bundesebene –, Auslandsprojekte, Hausgruppen, Bildung und Personalfragen. Ihre Erfahrung wird im Vorstand nun fehlen. Doch dankenswerterweise bleibt sie dem Welthaus treu und steht gern weiter mit Rat zur Verfügung. Ebenso hat sich Angelika Begemann entschieden, etwas kürzerzutreten und zur Mitgliederversammlung ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Ihr lag in ihrer Vorstandszeit der Kulturbereich besonders am Herzen. Auch sie wird sich weiter einbringen – in der Brasiliengruppe. Ganz herzlichen Dank an die beiden für ihr ehrenamtliches Engagement! Neu in den Vorstand gewählt hat die Mitgliederversammlung Nadine Pollvogt. Die

36jährige ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for InterAmerican Studies (CIAS) der Universität Bielefeld. Dort ist sie geschäftsführend im Verbundprojekt CALAS tätig. Inhaltlich arbeitet sie vor allem zu Lateinamerika und Fragen sozial-ökologischer Transformation. Aktuell forscht sie zu Agrarökologie, Ernährungssouveränität und (öko-)feministischen Bewegungen im städtischen Raum. Ihr zweites Zuhause ist Mexiko. Als weltwärts-Freiwillige des Welthaus Bielefeld war sie dort unter anderem zwei Jahre lang in der ländlichen Entwicklung aktiv. Seit vielen Jahren ist sie Mitglied der Mexiko-Gruppe.

Fünfköpfiger Vorstand mit gemischter Altersstruktur

Der bis Herbst 2021 ins Amt gewählte Vorstand besteht nunmehr aus fünf Mitgliedern: Weiter dabei sind Heike Koch, Bernd



Nadine Pollvogt ist neues Vorstandsmitglied.

Reidel, Cordula Helmig und Lina Bax. Mit seiner gemischten Altersstruktur (von 23 bis 64 Jahren) und vielfältigen beruflichen Erfahrungen ist der Vorstand gut aufgestellt. Erfreulich ist auch, dass mit Lina und Nadine nunmehr zwei ehemalige weltwärts-Freiwillige im Welthaus eine solche große Verantwortung übernehmen.

Veränderungen auch im Bildungsbereich

Manuel Blendin kommt, Georg Krämer bleibt.



Seit Januar 2020 haben wir einen neuen Mitarbeiter im Bildungsbereich. Manuel Blendin stammt aus dem hessischen Main-Kinzig-Kreis. Sein globales Interesse begann spätestens im Ersatzdienst in Spanien. In seinem Pädagogik-, Soziologie-

und Politikstudium belegte er erst Seminare zu Lateinamerika, um danach in Mexiko und Ecuador Praktika zu machen. Über das Schul- und Bildungsprojekt épa! des Marburger Weltladens stieg er während des Studiums in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ein. Es folgten verschiedene berufliche Stationen in der (entwicklungs-)politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Dabei blieb er stets dem Globalen Lernen treu. Die letzten fünf Jahre arbeitete er beim Forum Fairer Handel in Berlin.

Seit 2013 wohnt er mit seiner Familie in Bielefeld, inzwischen im Wohnprojekt »FLOSSE« in Sieker. Mit der Stelle im Welthaus Bielefeld möchte er sich wieder stärker der Bildungsarbeit widmen – und näher an der Familie sein. Im Welthaus

tritt Manuel als Nachfolger von Georg Krämer die Stelle »Fachpromotor Globales Lernen NRW« an. Eine von Manuels Aufgaben ist es, innovative Formen der Wissensvermittlung zu entwickeln, auch an außerschulischen Lernorten. Wir dürfen gespannt sein, wie sich sein Thema »Fairer Handel« auch im Welthaus integrieren lässt. Herzlich willkommen!

Georg Krämer gibt also nach fast 40 Jahren im Welthaus einen Teil seiner Bildungsarbeit – die Fachpromotorenstelle – ab. Er bleibt uns aber erhalten: Mit reduzierter Stundenzahl setzt er sich weiterhin mit Projekten für das Globale Lernen ein, gibt Wissen und Kontakte weiter – und wird nicht zuletzt mit Rat, Tat, Kritik und Humor das Welthaus weiter prägen.



Beija Flor
spielen am
6. Mai um
20 Uhr auf dem
Kesselbrink.



Durga Ayra, Stephanie Bosch, Subrata Manna

Set 1: Zusammenspiel Stephanie Bosch mit Subrata Manna

Stephanie Bosch kreiert neue Musikstile, ohne jedoch die Essenz der indischen klassischen Musik zu verlieren. Zusammenspielen wird sie mit Subrata Manna, einem erfolgreichen Tabla-Spieler, vielseitiger Perkussionist und Komponist. Subrata hat bereits in vielen großen Musik-Konferenzen in Kolkata und in verschiedenen Teilen von Indien und der ganzen Welt gespielt.

Set 2 Tanz: Durga Arya

Durga Arya stellt das Wesen des klassischen indischen Tanzes dar. Der legendäre Kathak-Meister Pandit Birja Maharaj unterrichtete sie in Neu-Delhi. Seit Jahrzehnten setzt sie sich mit Hingabe für den klassischen indischen Tanz Kathak ein.

■ 29. Mai, 19 Uhr, Historischer Saal, Ravensberger Spinnerei. Eintritt: VVK 12,- / erm. 7,- / AK 14,- / erm. 9,- / BI-Pass 1,- AK + Kulturöffner. VVK: Welthaus Bielefeld Tel. 0521 / 986480, Tourist-Information, konTicket, Neue Westfälische.

Oriental Dreams mit Verahzad und Desert Roses

Die Tänzerinnen rund um Verahzad sind in verschiedenen Kategorien ausgezeichnete Deutsche Meisterinnen. Auf dem Kesselbrink zeigen die Gruppen Amira, Desert Roses und die Teenie Gruppe Raks Ruby dieses Mal Folklore aus dem Nahen Osten, Oriental Fantasy Tänze und aktuelle Popsongs sowie den klassischen Orientalischen Tanz.

■ 1. Mai, 17 Uhr, Kesselbrink. Eintritt frei, Spenden erbeten.

LesBenitas und Brasa Brasil

Die LesBenitas sind die älteste Frauentrommelgruppe Ostwestfalens. Auf brasilianischen Percussion-Instrumenten und der Zugabe von Gesang und Tanz entsteht eine kraftvolle Musik, die selbst bei Wind und Wetter ein Gefühl von Sonne, Lebensfreude und Leichtigkeit vermittelt. Zudem führt die Gruppe Brasa Brasil Caporeira auf.

■ 13. Mai, 19 Uhr, Kesselbrink. Eintritt frei, Spenden erbeten.

Crazie Nabs & Priscilla Konan

■ 3. Juni, 20 Uhr, Kesselbrink.

Alle Konzerte werden gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Kulturamt Bielefeld.

■ Mehr Konzertinfos: www.welthaus.de/kultur

Hausgruppen im Welthaus Bielefeld

Ananse – support of people with special needs
Kontakt: Rüdiger Gailing | ☎ 0521. 801 633 2 |
✉ gailing@ananse.org

Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche
Kontakt: Erika Stückrath | ☎ 0521. 89 04 06 |
✉ ej.stueckrath@t-online.de

Burundi-Gruppe Kontakt: Mathias Ntiroranya |
☎ 05232. 42 77 | ✉ burundi@welthaus.de

Brasilien-Gruppe
Kontakt: Klaus Kortz | ☎ 0521. 988 198 5 |
✉ klaus.kortz@arcor.de

El Salvador-Gruppe
Kontakt: Heiner Wild | ☎ 0521. 13 27 41 |
✉ d-h-wild@web.de

Ecuador-Gruppe
Kontakt: Kristina Baumkamp | ☎ 0521. 986 48 54
✉ kristina.baumkamp@welthaus.de

Eritrea-Gruppe
Kontakt: Snash | ☎ 05251. 26748

Fairtrade-Gruppe
Kontakt: Stephan Noltze | ☎ 0521. 327 126 2 |
✉ fairtrade-bielefeld@posteo.de

FOKUS – Perusolidarität im Welthaus Bielefeld e.V.
Kontakt: Hermann Herf | ☎ 0521. 1093 26 |
✉ fokus.peru@welthaus.de

Gruppe Südliches Afrika
Kontakt: Gisela Feurle | ☎ 0521. 68 60 7 |
✉ gisela.feurle@uni-bielefeld.de

Korimá-Gruppe
Kontakt: Ellen Schriek ☎ 0521. 10 40 48 |
✉ kontakt@korima.de

Kotoba-Äthiopien-Gruppe
Kontakt: Karin Gaesing ☎ 05203. 3169 |
✉ karin.gaesing@web.de

Mexiko-Gruppe
Kontakt: Barbara Schütz | ☎ 0521. 9864 8 40
✉ barbara.schuetz@welthaus.de

Nicaragua-Gruppe
Reinhard Jenke | ☎ 0521. 88 06 19 |
✉ esteli-komitee@welthaus.de

open globe-Gruppe
Kontakt: ✉ open-globe.bielefeld@posteo.de

Woza-Chor
Kontakt: Christoph Beninde | ☎ 0521. 986 48 52 |
✉ christoph.beninde@welthaus.de

Das Welthaus Info erscheint vier Mal im Jahr. Freund*innen und Förder*innen erhalten es kostenfrei zugeschickt. Schutzgebühr: 2,50 Euro.

Herausgeber:
Welthaus Bielefeld e.V. (Hrsg.) August-Bebel-Straße 62,
33602 Bielefeld, fon 0521. 986 48 0 | fax 0521. 637 89
info@welthaus.de | www.welthaus.de

Redaktionsgruppe: Christian Glöckner (verantwortl.), Christoph Beninde,
Cordula Helmig, Holger Jantzen, Farina Kock, Uwe Pollmann, Beate Wolff
Äußerungen unserer Autor*innen geben deren eigene Auffassungen
wieder. Der Redaktion macht sich Äußerungen ihrer Autor*innen nicht
zu eigen.

Layout und Satz: Manfred Horn

Druck: Umweltdruckerei, gedruckt auf Recycling-Papier

Fotos: S.1: oben: pixabay; unten: privat; S.2 Silvia Sonntag; S.4, 5: Heiko Ki-
ser; S. 6: Paula Dax; S.7 Uwe Pollmann; S.8 pixabay; S.9 Marie Joram; S.10
privat; S.11: unten: Stefan Jankowiak, rechts: Clara Niekamp; S.12: PR

Gefördert mit Mitteln des evangelischen
Kirchlichen Entwicklungsdienstes